

NIEDERSCHRIFT

zur außerplanmäßige öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

Sitzungstermin: Donnerstag, den 28.01.2016
Sitzungsbeginn: 18:33 Uhr
Sitzungsende: 21:25 Uhr
Ort, Raum: im Gemeindesaal der Gemeinde Barleben, Breiteweg
147, 39179 Barleben

Anwesend sind

Vorsitzender

Herr Ulrich Korn

Bürgermeister

Herr Franz-Ulrich Keindorff

Mitglieder

Herr Dr. Edgar Appenrodt

Herr Manfred Behrens

Frau Evelyn Brämer

Herr Wilfried Büchner

Frau Cornelia Dorendorf

Herr Ulrich Dürrmann

Herr Jürgen Herrmann

Herr Peter Hiller

Herr Ralf Jassen

Herr Johannes Könitz

Herr Reinhard Lüder

Frau Ramona Müller

Herr Bernhard Niebuhr

Herr Karl-Heinz Ölze

Frau Margitta Pape

Herr Thomas Pfeffer

Öffentlicher Teil

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

- Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:33 Uhr und stellt mit 20 anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.
- Herr Korn gratuliert den Herrn Dr. Appenrodt und Herrn Jassen nachträglich im Namen des Gemeinderates zum Geburtstag.

TOP 2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

- Der Vorsitzende weist auf die ausgeteilten Karten in Rot, Grün und Gelb hin und bittet um Benutzung bei der Abstimmung.
- Die vorliegende Tagesordnung wird mit 20 JA-Stimmen so bestätigt.

TOP 3 **Einwohnerfragestunde nach Maßgabe der Hauptsatzung**

- Herr Korn weist darauf hin, dass Kita-Gebühren und Zusammenlegung der Schulen auf der Tagesordnung stehen und damit Fragen zu diesen Komplexen nicht zulässig sind.
- Herr Matthias Bertram, Elternvertreter Kinderkrippe, hätte auf der Gemeinderatssitzung am 17.12.2015 eine offizielle Anfrage gestellt zur Berechnungsgrundlage des Betreuungsschlüssels und des Personalschlüssels in der Einrichtung und habe bisher noch keine Antwort von der Gemeinde erhalten. Da die Frist von vier Wochen bereits abgelaufen ist, fragt er nach, wie der Sachstand ist.
- Herr Korn sagt eine schriftliche Beantwortung zu.
- Herr Michael Lange aus Meitzendorf stellt folgende Fragen:
„Warum musste im Rahmen des Neujahrsempfangs der Gemeinde Barleben am 16.01.2016 Herr Skubowius beauftragt werden, zu fotografieren, obwohl der Diplom-Journalist Herr Zschke, Mitarbeiter der Verwaltung für Öffentlichkeitsarbeit, ebenfalls bei der Veranstaltung zugegen war? Welche Kosten sind hierdurch entstanden, welche im Rahmen der angespannten Haushaltslage eingespart hätten werden können? Wird Herr Skubowius trotz der Anwesenheit von Herrn Zschke auch den Artikel im MLK schreiben und hierfür eine Vergütung erhalten? Sofern Herr Skubowius für die o.g. Dienstleistungen eine Vergütung erhält: Sehen Sie hier einen ausreichenden Sparwillen der Verwaltung/des Auftraggebers?“
- Herr Lange fragt weiter:
„Warum sind im ‚Amtsblatt‘ der Gemeinde Barleben, Ausgabe 01/2016, nichtamtliche Beiträge von Herrn Skubowius veröffentlicht worden? Laut Gemeinderatsbeschluss soll alle zwei Monate ausschließlich ein ‚Amtsblatt‘ an die Barleber Haushalte verteilt werden. Warum wird dieser Gemeinderatsbeschluss nicht umgesetzt? Warum müssen Schriftbeiträge von Herrn Skubowius im ‚Amtsblatt‘ veröffentlicht werden, welcher jeder, auch nur im Ansatz halbwegs qualifizierte Mitarbeiter der

Verwaltung innerhalb weniger Minuten geschrieben hätte (Beispiel: Bördetag auf der Grünen Woche)?

Sofern Herr Skubowius für die o.g. Dienstleistungen eine Vergütung erhält: Sehen Sie hier einen ausreichenden Sparwillen der Verwaltung/des Auftraggebers?“

- Herr Korn sagt eine schriftliche Beantwortung zu.
- Herr Sebastian Lippe aus Meitzendorf hat das Flugblatt erhalten und fragt, wo er hätte entnehmen können, dass dieses Thema heute besprochen wird und was die Grundlage dafür ist. Er hat sich das Haushaltskonsolidierungskonzept angesehen und keinen Anhaltspunkt gefunden, wo die Gerüchte herkommen.
- Herr Keindorff erläutert, wie die Bekanntmachung der Sitzungen erfolgt und kündigt an, später genauer auf das Flugblatt einzugehen.

**TOP 4 Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der
Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Barleben
Vorlage: BV-0097/2015**

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Feuerwehr der Gemeinde Barleben (Feuerwehrkostenersatzsatzung -FwKs -).

- Herr Keindorff trägt drei redaktionelle Änderungen resultierend aus Hinweisen aus der Ortschaftsratssitzung Meitzendorf vor:
 1. In § 3 Abs. 1 ist das Wort „Feuersicherheitswache“ durch „Brandsicherheitswache“ zu ersetzen.
 2. Um eine Dopplung zu vermeiden, ist der § 6 Abs. 1 III zu streichen.
 3. Im Punkt 1.1 Einsatz der Feuerwehr gibt es eine Korrektur. Es muss heißen je Einsatzstunde je Kamerad. Gleiches gilt für die Brandsicherheitswache unter Punkt 1.2.
- Herr Nase ergänzt, im Teil Gebührentarife, Punkt 2.4, muss MTW durch MTF ersetzt werden.
- Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage mit den redaktionellen Änderungen.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Feuerwehr der Gemeinde Barleben (Feuerwehrkostenersatzsatzung -FwKs -).

Abstimmungsergebnis

JA	NEIN	ENTH	BEFA
20	0	0	0

TOP 5 Aufhebung der Satzung über die Gewährung eines kommunalen Begrüßungsgeldes für neugeborene Kinder in der Gemeinde Barleben
Vorlage: BV-0106/2015

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für neugeborene Kinder in der Gemeinde Barleben.

- Der Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für neugeborene Kinder in der Gemeinde Barleben.

Abstimmungsergebnis

JA	NEIN	ENTH	BEFA
17	0	3	0

TOP 6 Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze ab 01.01.2016
Vorlage: BV-0105/2015

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Realsteuer – Hebesätze rückwirkend zum 01.01.2016

- Herr Korn weist auf die Austauschblätter hin.
- Herr Dr. Appenrodt fragt, wie die Resonanz bei den zwei größten Steuerzahlern der Gemeinde auf diese Erhöhung war.
- Herr Keindorff beantwortet die Frage.
- Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Realsteuer – Hebesätze rückwirkend zum 01.01.2016

Abstimmungsergebnis

JA	NEIN	ENTH	BEFA
19	0	1	0

**TOP 7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Gemeinde Barleben für das Jahr 2016
Vorlage: BV-0104/2015**

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beschließt

1. die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Gemeinde Barleben für die Jahr 2016 - 2023
2. die Haushaltssatzung der Gemeinde Barleben für das Jahr 2016
 - Herr Keindorff macht Ausführungen zu dem Flugblatt zur heutigen Demonstration und stellt aufgestellte Behauptungen und Feststellungen richtig.
 - Der Bürgermeister informiert weiter über ein Sechs-Augen-Gespräch mit dem Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, dem Gemeinderatsvorsitzenden und dem Bürgermeister. Alle vier im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich darüber geeinigt, dass das KiFöG kurzfristig, aber nicht vor der Landtagswahl geändert wird. Dieses neue Gesetz wird dann in den Nachtragshaushalt 2016 bzw. den Haushalt 2017 einfließen. Für die Festsetzung der genauen Beträge, die ab 2017 zu zahlen sind, muss die Neufassung des Gesetzes abgewartet werden.
 - Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zur Zentralisierung der Kindereinrichtungen werden in der Beratungsfolge Februar/März diskutiert.
 - Die internen Arbeitsgruppen zu weiteren konsolidierenden Maßnahmen setzen ihre Arbeit fort, so dass auch hier positive Ergebnisse erwartet werden können, um Belastungen aus der Haushaltskonsolidierung zu mindern.
 - Herr Keindorff führt weiter aus, dass auch die Anträge an das Finanzministerium aus den Jahren 2014 und 2015 auf Erlass oder Minderung der Finanzausgleichsumlage noch nicht in den Haushalt eingeflossen sind. Weiterhin ist der Gesamtabschluss, den die Gemeinden laut KVG realisieren müssten, durch die Kommunalaufsicht noch ausgesetzt.
 - Herr Wilke und Frau Röhrig beantworten Fragen von Frau Müller zum Vorbericht.
 - Herr Korn kündigt an, dass vier Anträge der Fraktion CDU vorliegen, die er soeben den Mitgliedern per Email zugeschickt hat.
 - Er verliest den 1. Antrag:
„Antrag auf Reduzierung der Maximalbetreuungszeit in den Kitas um 1 h und Einführung von 3 Wochen Schließzeiten im Jahr ab 2017“
 - Herr Jassen verliest drei weitere Anträge:
„Schulformwechsel von Ganztagsschule zur Gemeinschaftsschule 2016/2017. Da der Zeitpunkt für einen Schulformwechsel schon sehr spät ist, beantragen wir ebenfalls, dass mit den Entscheidungsträgern der Landesverwaltung bzw. den höheren Entscheidungsträgern Kontakt aufgenommen wird, um so ggfls. Noch für das kommende Schuljahr eine Lösung herbeizuführen.“
 - „Antrag zum Haushaltskonsolidierungskonzept – Sperrvermerk bei der Position ‚Zusammenlegung der Kindereinrichtungen der Ortschaft Barleben bzw. die gemeinsame Unterbringung von Grundschule und Ganztagsschule in der Feldstraße 20“**
 - „Antrag zum Haushaltskonsolidierungskonzept – Maßnahme: Anpassung des Beschäftigungskonzeptes der Gemeinde Barleben – Reduzierung der Wochenarbeitszeit**

Bitte reichen Sie im Laufe des Jahres 2016 dazu 2 – 3 Rechenmodelle als Informationsvorlage bei den Mitgliedern des Gemeinderates ein. Sollte diese Anpassung nicht möglich sein, begründen Sie dies bitte ausführlich.“

- Herr Rost stellt einen weiteren Antrag:
„Den Mittellandkurier einzustellen ab sofort und den Honorarvertrag mit dem Redakteur, Herrn Skubowius, auch umgehend, nach Möglichkeit, ich kenne den nicht, wenn der gekündigt werden muss, sofort zu kündigen.“
- Herr Dr. Appenrodt stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung.
Er fragt, wie die weitere Verfahrensweise sein soll, da seine Fraktion auch noch Anträge stellen möchte.
- Der Vorsitzende möchte über die gestellten Anträge abstimmen lassen.
- Herr Dr. Appenrodt informiert, dass er weiterführende Anträge hat.
- Frau Müller trägt einen weitergehenden Antrag zur Schulzusammenlegung vor:
„Wir beantragen im Haushaltskonsolidierungskonzept 2016 und in der Haushaltssatzung 2016 folgende Änderungen vorzunehmen: Das vorgeschlagene haushaltskonsolidierende Projekt zentrale Kindereinrichtung mit Planungskosten, Investitionskosten, Betriebskosteneinsparung bei Schulzusammenlegung ist zu streichen. Hierfür gibt es keinen Gemeinderatsbeschluss.“
„Die im HKK bereits enthaltenen Einzelprojekte, welche für die Förderung aus dem Projekt STARK III vorgesehen waren, für die bereits Planungen vorliegen und für die es Gemeinderatsbeschlüsse gibt, sind wieder aufzunehmen. Es handelt sich hierbei um folgende Einzelprojekte in der Ortschaft Barleben: Kindergarten, Krippe und die Grundschule.“
- Frau Müller zitiert aus einer Email der Kommunalaufsicht vom 06.01.2016 und gibt diese zu Protokoll sowie dass sie mit Herrn Klumpe gesprochen und dieser ihr schriftlich bestätigt hat:
„Das gesamte Haushaltskonsolidierungskonzept 2016 bis 2023 sowie der Haushaltsplan 2016 sind in diesem Fall für die Gemeinde verbindlich und bindend. Eine Bindung besteht bis zum Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 oder bis zur Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Darin benannte Maßnahmen und Einsparungen können in gleicher Höhe ersetzt werden. Die Fortschreibung des geänderten Konzeptes bedarf erneut der Genehmigung der Kommunalaufsicht. Fazit daraus: Sollte das vorgeschlagene haushaltskonsolidierende Projekt zentrale Kindereinrichtung, Anlage 3, ich zitiere, Sie wissen ja selber, wo das steht, nicht gestrichen werden, ist es bindend. Und dann ist es völlig egal, zu welchem Ergebnis die Arbeitsgruppen später kommen.“
- Frau Müller trägt vor, dass dem Bürgermeister mit Datum vom 04.12.2015 eine Stellungnahme des Landesschulamtes vorläge, in dem es sich zur Schulzusammenlegung geäußert habe. Am 25.01.2016 bat Frau Müller den Bürgermeister, diese Stellungnahme bis zum heutigen Tag vorzulegen. Heute um 16:23 Uhr erhielt Frau Müller eine Email, in der der Bürgermeister mitteilte, dass die Beschlussvorlage zur Schulzusammenlegung nicht auf der Tagesordnung stünde und die verantwortliche Mitarbeiterin bis 04.02. im Urlaub ist.
- Herr Keindorff, Frau Röhrig und Herr Wilke stellen die von Frau Müller in ihrem Redebeitrag getroffenen Feststellungen und Behauptungen richtig.
- Herr Büchner stellt den Antrag, über die Beschlussvorlage zum Haushalt namentlich abzustimmen.

- Herr Keindorff stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung: Ende der Aussprache und Abstimmung über den Fraktionsantrag von Frau Müller.
- Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft/Piraten und verliest den Antrag noch einmal:

„Wir beantragen im Haushaltskonsolidierungskonzept 2016 für die Jahre 2015 bis 2023 und in der Haushaltssatzung 2016 folgende Änderungen vorzunehmen: Das vorgeschlagene haushaltskonsolidierende Projekt zentrale Kindereinrichtung mit Planungskosten, Investitionskosten, Betriebskosteneinsparung bei Schulzusammenlegung ist im Haushaltskonsolidierungskonzept und im Haushaltsplan zu streichen. Hierfür gibt es keinen Gemeinderatsbeschluss.“

„Die im HKK 2015 bereits enthaltenen Einzelprojekte, welche für die Förderung aus dem Projekt STARK III vorgesehen waren, für die bereits Planungen vorliegen und für die es Gemeinderatsbeschlüsse gibt, sind wieder aufzunehmen. Es handelt sich hierbei um folgende Einzelprojekte in der Ortschaft Barleben: Kindergarten (Grundsatzbeschluss 168/2013), Krippe (BV-0025/2014) und die Grundschule (BV-0084/2014).“

- Herr Pfeffer weist darauf hin, dass Anträge zur Geschäftsordnung im Gremium abzustimmen sind. Zum Antrag von Herrn Keindorff hat bisher keine Abstimmung stattgefunden.
- Herr Korn stellt den GO-Antrag von Herrn Keindorff zur Abstimmung.
Abstimmungsergebnis: 19 x JA; 1 x STIMMENTHALTUNG
Der Antrag ist damit angenommen.
- Herr Korn versichert sich noch einmal bei Frau Müller, ob sie jeden Teilantrag einzeln oder über den Antrag komplett abgestimmt haben möchte.
- Frau Müller wünscht die Abstimmung über den gesamten Antrag, aber namentlich.
- Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das nicht beantragt wurde.
- Er lässt über den Antrag abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 8 x JA; 10 x NEIN; 2 x STIMMENTHALTUNG
Der Antrag ist damit abgelehnt.
- Der Vorsitzende bittet nunmehr um Abstimmung über den Antrag der CDU, einen Sperrvermerk anzubringen.
- Herr Dr. Appenrodt fragt, wie in einem Haushaltskonsolidierungskonzept ein Sperrvermerk angebracht werden kann. Im Haushalt wäre ihm eine solche Maßnahme bekannt, im Konsolidierungskonzept ginge das nicht.
- Herr Wilke entgegnet, dass das natürlich möglich wäre, wenn der Sperrvermerk im Haushalt steht, steht er automatisch auch im Konsolidierungskonzept.
- Herr Keindorff erläutert die durch den Hauptausschuss gegebene Änderungsempfehlung, den Sperrvermerk an die Planungskosten zu setzen, bis ein Einzelbeschluss durch den Gemeinderat gefasst wurde. Der Antrag der CDU wäre eine Ergänzung zur Empfehlung aus dem Hauptausschuss.
- Der Vorsitzende lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:
- **„Antrag zum Haushaltskonsolidierungskonzept – Sperrvermerk bei der Position ‚Zusammenlegung der Kindereinrichtungen der Ortschaft Barleben bzw. die gemeinsame Unterbringung von Grundschule und Ganztagschule in der Feldstraße 20‘“**
Abstimmungsergebnis: 20 x JA
Der Antrag ist damit angenommen.

- Frau Brämer wünscht eine namentliche Abstimmung zum nachfolgend vorgetragenen Antrag der Fraktion FWG/Piraten.
„Wir beantragen, die für das Jahr 2017 geplante Erhöhung der Kitabeträge aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept zu streichen.“
- Herr Korn lässt über diesen Antrag namentlich abstimmen.
Abstimmungsergebnis:
Mit JA stimmen: Herr Rost, Herr Ölze, Herr Könitz, Herr Pfeffer, Herr Dr. Appenrodt, Frau Müller, Frau Brämer

Mit NEIN stimmen: Frau Dorendorf, Herr Niebuhr, Herr Säuberlich, Herr Büchner, Herr Keindorff, Herr Herrmann, Herr Dürrmann, Frau Pape, Herr Lüder,

ENTHALTUNGEN: Herr Jassen, Herr Behrens, Herr Korn, Herr Hiller
Der Antrag ist damit abgelehnt.
- Es wird der Antrag der CDU-Fraktion zu Schließzeiten und Reduzierung der Betreuungsstunden in den Kindereinrichtungen diskutiert.
- Herr Dr. Appenrodt gibt zu bedenken, dass diese Maßnahmen auf keinen Fall die Betreuungskosten auf unter 200 € setzen.
- Herr Korn erläutert, dass die neue Beitragssatzung im Laufe des Jahres aufgestellt wird und die Eltern in die Diskussion darüber einbezogen werden sollen. Es handele sich um Anregungen an die Verwaltung.
- Frau Brämer wendet ein, dass zunächst über ihren Antrag auf namentliche Abstimmung hätte abgestimmt werden müssen. Herr Korn erwidert, es hätte Einigkeit am Tisch geherrscht.
- **Herr Lüder stellt den Antrag, diesen Antrag der CDU-Fraktion in die Ausschüsse zu verweisen.**
- Herr Keindorff schlägt vor, dieses nicht als Antrag zu werten, sondern als Auftrag an die Verwaltung zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen a) und b) haben und ob diese sinnvoll sind, um in die Satzung, die in diesem Jahr beschlossen werden muss, eingearbeitet zu werden. Die Überarbeitung der Satzung vor Änderung des KiFöG durch den Landtag sei nicht sinnvoll.
- Herr Korn lässt über den Antrag von Herrn Lüder abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 14 x JA; 5 x NEIN; 1 x ENTHALTUNG
Der Antrag ist damit angenommen.
- **Herr Dr. Appenrodt stellt den Antrag im Namen seiner Fraktion, den Deckungsbeitrag herunterzusetzen auf 30 %.**
- Weiterhin weist er auf einen Rechenfehler in der Darstellung im Amtsblatt hin. Es besteht eine Diskrepanz zwischen 50 % der dargestellten Gesamtkosten für einen Betreuungsplatz und den vom KiFöG festgelegten 50 % des von der Gemeinde zu tragenden Anteils.
- Herr Nase nimmt dazu Stellung.
- Herr Dr. Appenrodt stellt die Frage an die Verwaltung: „Sie geben mir recht, dass das KiFöG eine 50-%-ige Obergrenze von dem Gemeindeanteil vorsieht. So steht's im Gesetz, so steht's im amtlichen Blatt der Gemeinde. Ist das richtig?“
- Herr Nase antwortet auf die Frage nicht.

- Herr Keindorff trägt vor, dass gegenwärtig ca. 18 % im Durchschnitt des von der Gemeinde freiwillig zu tragenden Anteils auf die Eltern umgelegt werden und ab 2017 dieser Anteil auf 40 % steigt und die Gemeinde nur noch 10 % des freiwilligen Anteils übernimmt. Nach dem derzeitigen Stand im HKK 2016 tragen wir von der Restsumme, die kommunal zu tragen ist, rund 60 % und 40 % die Eltern. Das trifft ab 01.01.2017 zu, wenn die Satzung so beschlossen wird. Ob das so erforderlich sein wird, ist abhängig vom überarbeiteten KiFöG.
- Herr Dr. Appenrodt gibt zu Protokoll, *„dass die Aussage des Bürgermeisters der Deckungsgrad des Gemeindeanteils durch die Kinderbetreuungsgebühren beträgt zurzeit 18 % oder 20 %, nicht stimmt, das ist falsch. Der Deckungsgrad ist zurzeit bei dem im Amtsblatt Nummer 15, 2016 vom 15. Februar dargestellten Beispiel ist der Deckungsgrad 26 %. Ich rechne es der Verwaltung gerne vor. Ich hät's auch hier mal an der Tafel gerne vorgerechnet. Die Rechnung und das, was diesbezüglich im Haushaltskonsolidierungskonzept an Zahlen aufgenommen wurden, stimmen nicht. Der Deckungsgrad wird von dem Gemeindeanteil berechnet, und dies sieht jeder. Ich würde es den Eltern auch gerne vorrechnen, vielleicht haben die da ein bisschen mehr Interesse. Dies kann sehr schnell hier gezeigt werden. Und der Antrag heißt 30 % der Kosten, die umgelegt werden auf die Gemeinde. Das ist der Deckelungsgrad, wie auch immer das kommt, und zwar der maximale, runter können wir immer.“*
- Herr Keindorff nimmt dazu Stellung und weist darauf hin, dass das Haushaltskonsolidierungskonzept bei Beschluss der Deckelung bei 30 % nicht mehr genehmigungsfähig wäre.
- Frau Brämer ist der Meinung, dass eine zweite Lesung stattfinden müsse, da das HKK aufgrund der Fehlberechnung platzen würde.
- **Frau Brämer beantragt eine namentliche Abstimmung zum Antrag von Herrn Dr. Appenrodt.**
- Herr Wilke weist den Vorwurf, man könne nicht rechnen, auf das Schärfste zurück.
- Herr Dr. Appenrodt bleibt bei seiner Meinung und möchte Herrn Wilke die Zahlen vorrechnen. Die Ausgangsbasis der Berechnung sei falsch.
- Herr Niebuhr stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung: Ende der Aussprache und Abstimmung.
- Der Vorsitzende lässt über den Antrag zur namentlichen Abstimmung abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 20 x JA
Der Antrag ist damit angenommen.
- **Der Vorsitzende lässt dann über den Antrag von Herrn Dr. Appenrodt auf Deckelung des Elternanteils auf 30 % des von der Gemeinde zu tragenden Anteils abstimmen.**
Abstimmungsergebnis:
Mit JA stimmen: Herr Rost, Herr Ölze, Herr Könitz, Herr Pfeffer, Herr Dr. Appenrodt, Frau Brämer, Frau Müller
Mit NEIN stimmen: Frau Dorendorf, Herr Niebuhr, Herr Säuberlich, Herr Büchner, Herr Keindorff, Herr Herrmann, Herr Dürrmann, Frau Pape, Herr Lüder
ENTHALTUNG: Herr Jassen, Herr Hiller, Herr Behrens, Herr Korn

Der Antrag ist damit abgelehnt.

- Es wird nunmehr der Antrag der CDU-Fraktion zum Schulformwechsel von der Ganztagschule zur Gemeinschaftsschule beraten. Herr Dr. Appenrodt weist darauf hin dass seine Fraktion bereits als Antrag zur Aufnahme auf die nächste Tagesordnung gestellt hatte, dieser aber hier nicht auf der Tagesordnung steht. Wenn hierüber jetzt abgestimmt würde, wäre der Antrag der FWG/Piraten hinfällig.
- Herr Keindorff weist darauf hin, dass der Kontakt mit den Entscheidungsträgern bereits seit Mai 2015 gesucht wird. Im Februar gäbe es einen Termin mit dem Schulamt des Landratsamtes, wo alle Fakten geklärt werden, die in die Beschlussvorlage für die Beratungsfolge März kommen.

- Herr Korn lässt über den Fraktionsantrag der CDU zum Schulformwechsel abstimmen.
„Schulformwechsel von Ganztagschule zur Gemeinschaftsschule 2016/2017. Da der Zeitpunkt für einen Schulformwechsel schon sehr spät ist, beantragen wir ebenfalls, dass mit den Entscheidungsträgern der Landesverwaltung bzw. den höheren Entscheidungsträgern Kontakt aufgenommen wird, um so ggfls. noch für das kommende Schuljahr eine Lösung herbeizuführen.“
 Abstimmungsergebnis: 20 x JA
 Der Antrag ist damit angenommen.

- Es wird nunmehr der Antrag der CDU-Fraktion beraten:
**„Antrag zum Haushaltskonsolidierungskonzept – Maßnahme: Anpassung des Beschäftigungskonzeptes der Gemeinde Barleben – Reduzierung der Wochenarbeitszeit
 Bitte reichen Sie im Laufe des Jahres 2016 dazu 2 – 3 Rechenmodelle als Informationsvorlage bei den Mitgliedern des Gemeinderates ein. Sollte diese Anpassung nicht möglich sein, begründen Sie dies bitte ausführlich.“**
- Herr Korn lässt über diesen Antrag abstimmen.
 Abstimmungsergebnis: 19 x JA; 1 x ENTHALTUNG
 Der Antrag ist damit angenommen.

- **Als nächster wird der Antrag von Herrn Rost zur Streichung des Mittellandkuriers und sofortigen Einstellung der Arbeit von Herrn Skubowius beraten.**
- Herr Keindorff weist darauf hin, dass es sich bei den im Redebeitrag von Herrn Rost genannten Beschlüssen der Ortschaftsräte Ebendorf und Barleben um Empfehlungen handelt.
- Herr Wilke erläutert, dass den 27.000 € Ausgaben 20.000 € Einnahmen gegenüberstehen.
- Herr Pfeffer fragt, wieso sich der Bürgermeister so vehement gegen die Abschaffung des Mittellandkuriers sträubt. Man könne die Artikel ebenso gut im Internet veröffentlichen. Er sieht es als erforderlich, den Mittellandkurier zu streichen und die gesparten Mittel in die Kinderbetreuung zu stecken.
 Der Argumentation, dass die Berichterstattung durch Herrn Skubowius am Wochenende und am Abend finanziell wesentlich günstiger wäre, kann er nicht folgen. Zumal auch Herr Zashke eine Arbeitszeitverlegung in die Abendstunden zuzumuten sein müsste.
- Herr Keindorff merkt an, dass viele Senioren und weitere Einwohner der Gemeinde lieber den Mittellandkurier lesen, als ins Internet zu schauen.

- Herr Säuberlich stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung: Ende der Aussprache und Abstimmung.
- Herr Korn bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.
Abstimmungsergebnis: 16 x JA; 3 x NEIN; 1 x ENTHALTUNG
Der Antrag ist damit angenommen.
- Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag von Herrn Rost.
Abstimmungsergebnis: 7 x JA; 10 x NEIN; 3 x ENTHALTUNG
Der Antrag ist damit abgelehnt.
- **Herr Korn verliert den Antrag von Herrn Pfeffer aus dem Hauptausschuss, die 3.900 € für die Seniorenweihnachtsfeier zu streichen.**
- Herr Pfeffer erläutert, dass er gefragt hatte, was diese Position noch im Haushalt zu suchen hätte. Er sieht nicht ein, dass diese Summen weiter gezahlt werden, da es ja auch ohne diese Mittel geklappt hätte.
- **Herr Pfeffer erweitert seinen Antrag, auch die jeweils im Haushalt vorgesehenen 800 € jährlich für die Seniorenweihnachtsfeiern in Ebendorf und Meitzendorf zu streichen.**
- Der Vorsitzende lässt über den erweiterten Antrag von Herrn Pfeffer abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 7 x JA; 11 x NEIN; 2 x ENTHALTUNG
Der Antrag ist damit abgelehnt.
- Herr Dr. Appenrodt kommt auf die Haushaltsstelle „Reduzierung der Ausschüsse ab 2020“ zu sprechen. Es sollen 1.300 € jährlich gespart werden. Er meint, dies widerspräche dem KVG. Die Entscheidung sollte der 2019 gewählte Gemeinderat in seiner Hauptsatzung treffen.
- **Er stellt den Antrag, dass das dort rauskommt.**
- Herr Korn lässt über den Antrag von Herrn Dr. Appenrodt, **es soll die Stelle für die Zusammenlegung der Ausschüsse aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept ab 2020 gestrichen werden**, abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 7 x JA; 8 x NEIN; 5 x STIMMENTHALTUNG
Der Antrag ist damit abgelehnt.
- **Herr Keindorff nimmt noch einmal Bezug auf die Empfehlung aus dem Hauptausschuss, einen Sperrvermerk an die Planungskosten für die Zusammenlegung der Kitas und Schulen zu setzen.**
- Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 20 x JA
Der Antrag ist damit angenommen.
- Frau Müller beantragt, ihren nachfolgenden Antrag und die Begründung in das Protokoll aufzunehmen.
„Ich beantrage, dass das Vorhaben Demografieprojekt TRAMP, Seite 129, einen Sperrvermerk erhält, bis der Bürgermeister dem Gemeinderat offen legt:
 1. **Auf welcher Rechts- und Vertragsgrundlage der Bürgermeister Fördermittel der Investitionsbank in Höhe von 80.000 € und Sponsorgelder in Höhe von 20.000 €, somit insgesamt 100.000 € an eine Interessengemeinschaft (deren Namen der Gemeinderat nicht einmal kennt) weitergegeben hat.**

2. **Welche vertraglichen Sicherheiten mit der Interessengemeinschaft geregelt wurden, dass im Fall des Widerrufs des Zuwendungsbescheides die Gelder an die Gemeinde zurückerstattet werden.**
3. **Auf welcher Vertragsgrundlage Frau Krüger im Rahmen dieses gemeindlichen Förderprojektes tätig ist und von wem Frau Krüger bezahlt wird.**

Begründung:

Gemäß Erklärung zum Fördermittelantrag Punkt 5 g) aus dem Programm Demografieprojekt ‚Wandel gestalten‘ darf das Vorhaben nicht im Auftrag Dritter durchgeführt werden. Aus diesem Grund halte ich persönlich die Fördermitteldurchreichung durch den Bürgermeister an eine Interessengemeinschaft für rechtlich bedenklich. Ich möchte vermeiden, dass die Gemeinde von der Investitionsbank aufgefordert wird, Gelder zurückzuzahlen, da sie unrichtige Angaben bzw. gegen Bestimmungen des Bescheides verstoßen hat. Sollte der Gemeinderat meinen Antrag ablehnen, bitte ich um Beantwortung meiner Fragen. Und da Sie mich immer fragen, ich habe gleich den Fördermittel der Investitionsbank, der ist natürlich blanko, und dieses Kreuz hier, was automatisch drinnsteht – wir erklären, dass das Vorhaben nicht im Auftrag Dritter durchgeführt wird – Ihnen mit beigefügt.

- Herr Keindorff weist die aufgestellten Behauptungen zurück. Er stellt fest, dass der mit Frau Brämer zu vereinbarende Termin zur Einsicht in das Projekt und Beantwortung der gleichen Fragen hinfällig wird. Sie bekommt das dann alles schriftlich beantwortet.
- Herr Korn formuliert den Antrag: **„Ich beantrage, dass das Vorhaben Demografieprojekt TRAMP, Seite 129, einen Sperrvermerk erhält.“**
- Herr Keindorff bittet, dies nicht zu beschließen, da kein einziger Cent der Gemeinde involviert ist.
- Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 7 x JA; 11 x NEIN; 2 x ENTHALTUNG
Der Antrag ist damit abgelehnt.
- Herr Pfeffer fragt, in Anlage 2 „Freiwillige Aufgaben“, Seite 9, unter der Kontobezeichnung „Geschäftsaufwendungen für Post- und Fernmeldegebühren“ Dorfgemeinschaftshaus Ebendorf und Dorfgemeinschaftshaus Meitzendorf stehen in Ebendorf jährlich 300 € und in Meitzendorf 700 €; wie kommt der erhebliche Unterschied zustande?
- Herr Keindorff sagt eine schriftliche Beantwortung zu.
- Herr Dr. Appenrodt gibt zu Protokoll:
„Erste Bemerkung, das war zu der ersten Bemerkung des Bürgermeisters, da ging’s um dieses Flugblatt und die Elternbeiträge, da hat er das ja vorgelesen, was er da hingeschrieben hat, hat er vorgelesen, die Verdopplung der Kosten, so steht’s auch hier, der Kostendeckungsbeiträge ist von der Kommunalaufsicht gefordert. Das ist falsch. Das ist nicht wahr. Ich möchte das zur Protokoll geben, das ist eine falsche Behauptung des Bürgermeisters auf diesem Blatt. Mir liegt die Stellungnahme der Kommunalaufsicht, ich hab’ sie mit, vor, oder Sie zeigen mir jetzt sofort, sagen Sie mir: Da steht’s. Ich hab’ sie da, da steht an keiner Stelle, Sie müssen die Kostenbeitragssätze verdoppeln. Steht nirgends.“
- Herr Keindorff berichtet vom Gespräch mit der Kommunalaufsicht zum Haushaltskonsolidierungskonzept, an dem Herr Doberan und Herr Wilke, nicht aber Herr Dr. Appenrodt teilgenommen haben. Die Vertreter der Gemeinde haben darum

- gekämpft, dass sie nicht auf 50 % gehen müssen, sondern auch mit 40 % durchkommen, wenn sie dies mit anderen Maßnahmen abdecken. Andere Gemeinden hätten das nicht geschafft.
- Herr Dr. Appenrodt entgegnet: *“Tut mir leid, ich weiß nicht, was Sie da mündlich besprechen, aber die Gemeinde Barleben und die Gemeinderäte haben von der Kommunalaufsicht schriftlich eine Verfügung bekommen, Sie auch, und da steht das für mich Entscheidende drin, und nicht, was Sie mit irgendjemand besprechen. In dieser Verfügung steht nur drin, worüber nachgedacht werden sollte. Ich kenne keine Verfügungen, ich weiß auch, dass die von der Kommunalaufsicht gar nicht insofern das Recht hat, zu sagen, Ihr müsst jetzt eure Steuern um's Doppelte usw. Die Verfügung heißt nur: Kein Tabu dürfen Entscheidungen sein... und dann wird alles aufgeführt. Da steht an keiner Stelle, Sie müssen das genau so machen. Das wird auch von jedem Mitarbeiter der Kommunalaufsicht immer darauf hingewiesen, dass Sie gar nicht das Recht haben. Wir müssen das entscheiden. Wir heute hier. So, das heißt also, vorhin haben Sie Frau Müller vorgeworfen, was da irgendwo besprochen wurde. Ich hab's doch schriftlich. Da steht noch „Nur für den Dienstgebrauch“, damit's gar keiner weiß, wir haben das bekommen. Da steht nichts von Verdopplung der Kinderbetreuungsbeiträge und dann muss ich ihnen noch was sagen. Auch die Kommunalaufsicht rechnet natürlich mit dem Gemeindeanteil und nicht mit dem Gesamtanteil. Aber, das mache ich dann noch öffentlich, dann werden Sie es lesen, an entsprechender Stelle. Die Eltern sind bestimmt daran interessiert, dass ich ihnen das vorrechne. So, das ist das erste. Und jetzt ein paar Bemerkungen noch zu dem Haushalt: Wir haben wirklich eine problematische Haushaltssituation, aber die Gemeinde Barleben hat noch ganz gute Einnahmen, bloß die Schulden, die drücken uns natürlich. Ein paar Kennsummen, damit die Anwesenden auch merken, was hier gespielt wird. Wir haben zurzeit einen Kredit aufgenommen. Wenn ich das, die Aussagen von Herrn Wilke waren letztes Mal so 20, 12 Millionen haben wir grad, so ist es ja, so, so in der Größenordnung haben wir, wieviel, ja 15 dürfen wir, aber Sie haben das letzte Mal noch gesagt, bei 12 liegen wir zurzeit, aber wenn Sie jetzt sagen 15 o.k., so. Wir haben in diesem Haushalt freiwillige Leistungen von 5,5 Mio €. Es sollen aber nur 2 % der Ausgaben sein. Das wären vielleicht 500.000 €. Die Gemeinde Barleben hat 5,5 Mio € freiwillige Leistungen. Leistungen, die sie nicht erbringen muss, aber kann. Wenn sie das nicht kann, dann muss sie die Steuern erhöhen oder die Kitabeiträge erhöhen. So, oder man reduziert die freiwilligen Leistungen. Wo die freiwilligen Leistungen sind, möchte ich hier auch kurz mal andeuten. Die Kitagebühren gehören zu den freiwilligen Leistungen, muss man sagen, das sind 985.000 €, um die geht's im Prinzip. Aber das sind noch lange keine 5,5 Mio. Dann kommt der TPO, das ist auch eine wichtige Sache, da haben wir 2,5 Mio zu zahlen, bei der Sekundarschule 750.000, an den Zoo Magdeburg 300.000, der Jersleber See macht im Schnitt ein Minus von 200.000 € im Jahr. Wir betreiben drei Sporthallen, da sind die Betriebskosten hier auch mit drinne, die Sportplätze sind mit drinne. Wir unterstützen das OK-live-Ensemble mit 30.000 €, unverantwortlich. Wir geben, in diesem Jahr ist drinne vom Mehrgenerationenzentrum 100.000 €. Das sind Dinge, die kann ich nicht mittragen in der Höhe, muss ich sagen. Da sind Marketingverträge für Imagebroschüren 10.000 €, Unterrichtung der Öffentlichkeit, nicht der Mittellandkurier, nein, der ist extra. Noch einmal Öffentlichkeit 7,4 T€, Mitgliedsbeiträge für Verbände usw. usf. Und das sind die freiwilligen Aufgaben. Da kann man sparen, aber da muss man sich mal positionieren. Da kann man nicht immer sagen: Ich will das nicht. Oder ich will das bleiben lassen. Bis jetzt ist nichts positioniert worden, nicht ein Pinselstrich ist an dem Haushalt geändert worden.
Punkt 1.
Dann haben wir natürlich die unfreiwilligen, wie soll ich sagen, für die Pflichtaufgaben. Aber da müssen wir auch mal drüber reden. Wir haben Personalausgaben von 7,36 Mio €. Zurzeit 7,36 Mio €. Da gehören, da wird immer gleich gesagt, da gehören auch die Erzieher mit dazu, o.k. Bis 2013 wollen Sie mit einem für mich unzureichenden*

Personalentwicklungskonzept, die abschmelzen auf 7,1. Von 7,36 auf 7,1. Wir haben aber auch Stellen, die leisten sich andere Gemeinden nicht. Ein Pressesprecher, ein Unternehmerbüro und und und. Wolmirstedt hat eine Ausgabe von 3,3 Mio €. Wahrscheinlich gibt's bei denen keine Erzieher. Das sind also Dinge, die ich hier nicht mittragen kann. Das muss ich ganz klar sagen. Und aus dem Grunde, um das jetzt abzuschließen, wir sind uns einig in unserer Fraktion, das mit den Kinderbetreuungsbeiträgen in der Höhe lehnen wir ab. Und wenn Sie nicht gewillt sind, irgendetwas an dem Haushalt zu ändern, was uns auch am Herzen liegt, na dann können wir diesem Haushalt nicht zustimmen. Und wir sehen es deshalb als unbedingt erforderlich an, alle freiwilligen Leistungen, so wie von der Kommunalaufsicht gefordert, auf den Prüfstand zu stellen und nur noch die wichtigen im Haushalt aufzunehmen. Das erfordert aber den Mut, irgendetwas zu streichen. Das ist leider nicht geschehen. Mehr noch, die Mehrheit der Gemeinderäte hat nicht den Mut, da irgendetwas einzubringen, wo wir wirklich auch sparen können. Haushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept empfinde ich als unsozial, Stichwort die Kitagebühren, die sich in keinster Weise geändert haben, auch durch die heutige Sitzung in keinster Weise. Es wurde alles abgelehnt. So, und im Prinzip ist auch viele Ungerechtigkeiten drinne. Ich kann nicht Vereinsförderung in solcher Höhe haben und andere gar nicht mehr fördern. Das geht nicht. Allerdings bedient es weiterhin diese beiden Konzepte die Wünsche des Bürgermeisters, Mittellandkurier, Stellenreduzierung abgeschmolzen, Unternehmer, ist alles noch da. Und so geht es nicht. Wir sind auch daran interessiert, dass hier ein Haushalt aufgestellt wird, wo wir zufrieden sind. Aber wenn Sie das eben nicht machen wollen. Wir haben heute versucht einige Dinge einzubringen, das ist abgelehnt worden, das ist demokratisches Recht. Die Eltern wissen jetzt, wer hier wofür ist. Und wofür ihre Kinderbetreuungsbeiträge auch genutzt werden. Und wir haben einen Topf, den können Sie nur von einer Seite befüllen und von der anderen Seite rausnehmen. So, das war der Beitrag dazu.“

- Herr Keindorff nimmt dazu Stellung.
- Frau Müller beantragt: „...**dass OK-live von 30.000 € auf 3.000 € heruntersetzt wird, wie in der Stadt Wolmirstedt.**“
- **Frau Müller beantragt weiter, die Extra-Zuwendung von 24.000 € für das MGZ zu streichen und die Summe von 2015 zu belassen.**
- Der Vorsitzende lässt zunächst über den ersten Antrag (OK-live) abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 7 x JA; 8 x NEIN; 5 x ENTHALTUNG
Der Antrag ist damit abgelehnt.
- Der Vorsitzende lässt weiter über den zweiten Antrag (Streichung der 24.000 € und Belassen des Planansatzes von 2015 für den MGZ e.V.) abstimmen.
- Er befragt vorher Frau Pape und Herrn Pfeffer, ob diese dem Mitwirkungsverbot unterlägen. Frau Pape erklärt, nicht im Vorstand zu sein, Herr Pfeffer ist Beisitzer im Vorstand und damit auch nicht befangen.
Abstimmungsergebnis: 7 x JA; 9 x NEIN; 4 x STIMMENTHALTUNG
- Herr Pfeffer beantragt die namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage.
- Herr Korn weist darauf hin, dass dies bereits beantragt wurde.
- **Frau Brämer beantragt, dass sämtliche Positionen zu den Ostfalenparktagen, das ist verstreut im Haushalt an mehreren Stellen, gestrichen werden aus dem Haushalt. Dass diese Messe an die Unternehmer übergeben wird und nicht mehr aus dem Gemeindehaushalt finanziert wird.**

- Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 7 x JA; 10 x NEIN; 3 x ENTHALTUNG
Der Antrag ist damit abgelehnt.
- Der Vorsitzende lässt über den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Haushalt abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 20 x JA
Der Antrag ist damit angenommen.
- Der Vorsitzende bittet nunmehr um Abstimmung über die geänderte Beschlussvorlage.
Abstimmungsergebnis:
Mit JA stimmen: Herr Jassen, Herr Hiller, Herr Behrens, Herr Lüder, Frau Pape, Herr Dürrmann, Herr Herrmann, Herr Korn, Herr Keindorff, Herr Büchner, Herr Säuberlich, Herr Niebuhr, Frau Dorendorf
Mit NEIN stimmen: Herr Könitz, Herr Pfeffer, Herr Dr. Appenrodt, Frau Müller, Frau Brämer, Herr Rost, Herr Ölze

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt

1. die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Gemeinde Barleben für die Jahr 2016 - 2023
2. die Haushaltssatzung der Gemeinde Barleben für das Jahr 2016 und das Setzen von Sperrvermerken an die Planungs- und Bauleistungen für die Projekte Schulzusammenlegung und zentrale Kindereinrichtung in der Ortschaft Barleben.

Abstimmungsergebnis

JA	NEIN	ENTH	BEFA
13	7	0	0

TOP 8 Schließen der Sitzung

- Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21:25 Uhr.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung. Mögliche Einwendungen zur Niederschrift können dort in einer Zusammenfassung eingesehen werden.

Heike Müller
Protokollant/in

Ulrich Korn
Gemeinderatsvorsitzender

Keindorff
Bürgermeister

Siegel